

Presseinformation

Nr. 390 / 2013

Kiel, Dienstag, 3. September 2013

Verkehr / PKW-Maut

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christopher Vogt: Die ständige Forderung nach einer PKW-Maut für Ausländer wird dem Problem nicht gerecht

Zur erneuten Forderung des CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer zur Einführung einer PKW-Maut für Ausländer nach der Bundestagswahl erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Dass Horst Seehofer noch immer an seiner Forderung nach Einführung einer PKW-Maut für Ausländer festhält, grenzt langsam an Realitätsverlust. Es wird für diese Forderung auch nach der Wahl keine Mehrheit im Deutschen Bundestag geben. Auch die Bundeskanzlerin hat ihm bei seinem aktuellen Lieblingsthema bereits eine sehr deutliche Absage erteilt. Die CSU hat schon mit ihrer sturen Haltung beim Betreuungsgeld dafür gesorgt, dass sich nicht die sinnvollste Lösung durchgesetzt hat, sondern das Ego von Herrn Seehofer. Das wird es in der Form nicht noch einmal geben.

Es ist zwar richtig, dass in der kommenden Legislaturperiode mehr finanzielle Mittel für die Sanierung und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur aufgewendet werden müssen. Die FDP-Fraktion hält jedoch nichts von der Einführung einer unausgegorenen bürokratischen PKW-Maut, die auch nicht mit europäischem Recht zu vereinbaren ist. Sie wird dem Problem nicht gerecht. Autofahrer und Logistikbranche werden bereits heute massiv finanziell belastet, und es wird nur ein Bruchteil der Einnahmen aus diesem Bereich wieder in die Infrastruktur investiert. Wenn man sich den Subventionsanteil im Bundeshaushalt anschaut, dann stellt man sehr schnell fest, dass es für ein Umschichten in den Verkehrsetat noch jede Menge Luft gibt. Horst Seehofer sollte sich ein seriöseres Wahlkampfthema suchen und nicht mit dem immer dem gleichen Vorschlag gegen die Wand laufen.

Wirtschaftsminister Meyer, der derzeit auch den Vorsitz der Verkehrsministerkonferenz inne hat, fordere ich auf, noch vor der Bundestagswahl konkrete Vorschläge zu machen, wie insbesondere Schleswig-Holstein zukünftig mehr Mittel für die Infrastruktur erhalten kann. Bisher kommt von der Landesregierung zu diesem Thema leider nur Nebulöses, und die bisherigen Haushaltsansätze der Landesregierung zur landeseigenen Infrastruktur

und die Uneinigkeit in der rot-grün-blauen Koalition sorgen bisher auch nicht dafür, dass man die Landesregierung beim Thema Infrastruktur in Berlin ernst nehmen kann.“